# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

## „Kranker Mann Europas"?

UDie konjunkturelle Erholung in Deutschland ist im Oktober fast zum Stillstand gekommen. Das hat eine Umfrage von IHS Markit bei 800 Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ergeben. Der Rückgang lässt auf eine beginnende Stagnation im vierten Quartal schließen. Als besorgniserregend bewertet Markit, dass die Wachstums-Verlangsamung mit steigenden Ein- und Verkaufspreisen für die Unternehmen zusammenfalle. Ursächlich für die konjunkturelle Abkühlung seien „Engpässe bei Vorprodukten und die daraus resultierende Nachfrageschwächung im Automobilsektor". Da nicht absehbar ist, wann sich die logistischen Staus auf den Weltmeeren und der Mangel an Halbleitern auflösen werden, sinkt in der Wirtschaft die allgemeine Zuversicht. Auch die Daten im gesamten Euro-Raum erscheinen eher ernüchternd. So ist der EU-Konjunkturindikator auf ein Sechsmonatstief gefallen. Die Stimmung in der deutschen Exportindustrie ist im Oktober massiv eingebrochen. Die Exporterwartungen sind von 20,5 Punkten im September deutlich gefallen auf 13,0 Punkte, den schlechtesten Wert seit Februar 2021. Verschärft wird die Lage durch die heranrollende vierte Corona-Welle, deren Auswirkungen und Belastungen für die Unternehmen derzeit nicht absehbar sind. Die EU-Kommission rechnet für das laufende Jahr mit einem durchschnittlichen realen BIP-Wachstum im Euroraum von 5,0 %. Deutschland liegt mit 2,7 % am Ende der EU-Prognoseskala für 2021. Ob sich die optimistischen Wachstums-Prognosen für 2022 tatsächlich bestätigen werden, erscheint aus heutiger Sicht zweifelhaft. Angesichts der im Vergleich zu anderen Ländern der Euro-Zone schwachen Konjunkturdaten wird in London und Paris inzwischen schon wieder das Klischee von „Deutschland als krankem Mann Europas" kolportiert.

## „Stagflation"

Auch der ifo-Geschäftsklimaindex spiegelt die konjunkturelle Abkühlung wider. Danach ist die Stimmung der deutschen Unternehmen zum vierten Mal in Folge gesunken. Einen derartigen Einbruch gab es zuletzt im Frühjahr 2020, auf dem Höhepunkt der Corona-Krise. Erhebliche Lieferprobleme infolge von Materialknappheit wirken derzeit – so ifo-Präsident Clemens Fuest – wie „Sand im Getriebe". Zunehmender Pessimismus schwebt über fast allen Branchen. Nur die Bauwirtschaft bleibt mit seit sechs Monaten anhaltenden Zuwachsraten auf Erfolgskurs. Der Ökonom Jörg Krämer bewertet die aktuellen ifo-Zahlen als „Warnsignal". Für Verunsicherung der Unternehmen sorge die Annahme, dass die Politik mit neuen Beschränkungen auf die sprunghaft ansteigende Pandemie reagieren werde. Außerdem führe die neue Corona-Welle vor allem in Asien zu Fabrikschließungen, was den Materialmangel und die Lieferkettenprobleme hierzulande verschärfen werde. Für das vierte Quartal zeichne sich eine Stagflation, ein Anstieg der Preise bei wirtschaftlicher Stagnation, ab.

## Wettbewerbsfähigkeit

Ausländische Konzerne bewerten den Wirtschaftsstandort Deutschland zunehmend kritisch und planen eine Reduzierung ihrer Investitionen. Das ist die Quintessenz einer neuen Studie, bei der KPMG 360 Finanzvorstände von deutschen Tochtergesellschaften internationaler Konzerne befragt hat. Danach wollen nur noch 19 % der Firmen in den kommenden fünf Jahren Investitionen von jährlich mindestens zehn Millionen Euro in Deutschland vornehmen. Zum Vergleich: Bei der letzten Befragung vor vier Jahren wollten dies noch 34 %. Als größtes Investitionshindernis erweist sich die unzureichende digitale Infrastruktur. 9 % der Befragten bezeichnen sie als „die schlechteste in der EU", weitere 24 % zählen sie „zu den fünf schlechtesten in der EU". Beanstandet wird auch die Kosten-Situation: Deutschland gilt als „zu teuer bei Strom, Steuern und Arbeitskosten". Bei Industriestrom sei die Bundesrepublik mit 18,18 Cent pro Kilowattstunde inzwischen das Schlusslicht in Europa. Das deutsche Steuersystem wird schlicht als „nicht wettbewerbsfähig" eingestuft. Kritisiert werden auch marode Straßen, Brücken und Schienen. Die Arbeitskosten liegen mit durchschnittlich 36,60 Euro weit über dem EU-Durchschnitt von 28,50 Euro. Dieser Nachteil sei bisher wegen der hohen deutschen Arbeitsproduktivität in Kauf genommen worden. Allerdings beobachteten die Investoren die seit 2018 hierzulande stagnierende Produktivität mit Sorge. Als Fazit stellt KPMG eine schwindende Attraktivität des Standorts fest und warnt, dass ein weiteres Anwachsen von Regulierung und Bürokratie infolge der geplanten EU-Umweltgesetzgebung zur Bedrohung des Investitionsstandorts Deutschland führen könne. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sollte folglich weit oben auf der Agenda der neuen Bundesregierung stehen.

## Energiekosten

Der deutsche Strompreis hat im Oktober ein neues Allzeithoch erreicht. In der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer rangiert Deutschland auf einem unrühmlichen Spitzenplatz. Das Vergleichsportal Verivox meldet: In keinem anderen G20-Staat ist Strom teurer. In der medialen Diskussion werden hierzulande häufig „die Energiekonzerne" pauschal der Preistreiberei beschuldigt. Verkannt wird dabei, dass die Hälfte des Strompreises auf Steuern und Abgaben entfällt. Je ein Viertel geht an die Stromnetzbetreiber und die Stromversorger für Beschaffung und Vertrieb. Laut Check24 haben seit August bereits 36 Strom-Grundversorger ihre Preise um durchschnittlich 7,9 % erhöht. Daraus resultieren für einen Musterhaushalt Mehrkosten von 126 Euro pro Jahr. Nicht zu verkennen ist: 63 Euro davon gehen auf das Konto der öffentlichen Hand in Form von Steuern und Abgaben.